



DIÖZESE  
INNSBRUCK

# Digitales Archiv

## Kirche und Politik

### Digitales Archiv

Shelf Mark: 1.3.1.18.121

---

CC-BY-NC-ND-Lizenz (4.0)

Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz

[urn:nbn:at:at-dai-9808](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:at:at-dai-9808)

## Kirche und Politik

Die Spannung, die in dieser Frage liegt, ist fast immer gegeben. Schon in meiner kurzen Lebensspanne habe ich sie in den verschiedensten Formen erlebt. In der Identifikation von Kirche und Partei in den dreißiger Jahren, mit geistlichen Nationalräten und Landtagsabgeordneten und einem priesterlichen Bundeskanzler. Dann in der Position des Staatsfeindes, wobei ein Bergausflug von einem Priester und fünf Ministranten bereits genügte, sich diese Qualifikation einzuhandeln. Und dann in den vier Jahrzehnten der zweiten Politik, mit einem Rückzug der Kirche aus dem unmittelbar politischen Geschäft des Tages und der Parteien, wobei natürlich niem als eine Position gefunden werden kann, die aller Beifall findet. Die einen sagen, die Kirche sei zu distanziert und müsse sich den Vorwurf der Feigheit gefallen lassen, die anderen möchten der Kirche sogar grundsätzliche Aussagen zu Fragen des Ethos und der fundamentalen christlichen Wahrheiten verbieten, wenn sie einen Bezug zu Tagespolitik aufweist. Sensibler wird diese Frage selbstverständlich in einem Wahlkampf. Und es ist gar nicht so einfach zu entscheiden, welches Verhalten richtig ist. Vielleicht ist es zum besseren Verständnis notwendig, sich in kurzen Zügen vor Augen zu halten, wie sich die Dinge bis heute entwickelt haben.

Grundsätzlich muß man wohl sagen, daß in Religionen, die weltzugewandt sind, es eine grundsätzliche Scheidung von Glaube und Politik nicht geben kann. Das kann sich nur eine sogenannte weltabgewandte Religion leisten, eine religiöse Grundhaltung, die an der Gestalt der Welt im Tiefsten nicht interessiert ist. Das gilt - vielleicht - von manchen ostasiatischen Religionsformen. Vom Christentum sicher nicht. Und darum ist das Christentum immer in diese Spannung herein gebunden, und es ist garnicht so einfach, einen allgemein gültigen Nenner zu finden es hängt sehr viel von der Situation ab. Das Heil des Menschen erfordert in einem südamerikanischen Staat wahrscheinlich andere Formen politischen Engagements als in Österreich.

Ausflüge in die Geschichte können langweilen, im Falle der Frage Kirche-Politik sind sie unumgänglich. Einige forsche Vorstöße - etwa im alternativen Raum ein politisches Engagement von Priestern oder Religionslehrern usw. zu forcieren, würden sehr bald leiser werden, wenn man eine derartiges Wiederaufleben in einem größeren Zusammenhang sähe. Blicke in die Geschichte können manchmal auch peinliche Umwege ersparen.

Wir haben nämlich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts buchstäblich in der Frage Kirche-Politik eine Jahrtausendwende erlebt.

Voreinem Jahrtausend, mit dem System Ottos des Großen, begann die enge Verbindung und Verschmelzung von Kirche und politischer Macht, die das Mittelalter kennzeichnet. Die Bischöfe wurden Souveräne. Übrigens haben einige von ihnen protestiert. Sie wollten nicht. Sie ahnten, daß die Kirche damit in eine Verstrickung und Verantwortung geriet, die nicht ihre ureigenste war. Im Islam ist das ja etwas anders. Im Islam ist Religion und Staat eins, von der ersten Stunde an. Im Christentum nicht. Christus hat nie gesagt: Geht hinaus, führt einen heiligen Krieg, und unterwerft die Staaten und Städte und macht einen Gottesstaat.

Aber im Mittelalter kam es dazu - weitgehend. Die zögernden Bischöfe mußten sich allerdings der Erkenntnis beugen, daß die Alternative Chaos hieß, wenn sie dem Wunsch des Kaisers nicht folgten. Aber zweifellos, in weiter Sicht folgte aus dieser Verbindung eine Ehe von Kirche und Macht, die schließlich und endlich - neben vielen positiven Folgen, auch zu den Folterkammern der Inquisition führte, dem Renaissancepapsttum und zur Feste Hohensalzburg. (Sie ist ja wunderschön, aber die Apostel haben sich das Wirken ihrer Nachfolger halt doch anders vorgestellt.) Die Lösung von Kirche und unmittelbarer politischer Macht hat lange gedauert und war schmerzlich. Man denke an die Religionskriege. Nach ihnen beginnt eine gewisse Trennung von Religion und Politik, weil der Religionskrieg ja das Fiasko eindeutig gemacht hat. Es begann der Prozeß der Loslösung im Gefolge der französischen Revolution. Die Auswanderer nach Amerika gründen den grundsätzlich toleranten Staat mit Trennung von der Kirche, weil sie ja zum Großteil Leidtragende einer europäischen, Staatskirche gewesen waren. In Europa dauert der Prozeß im wesentlichen : Kultur-

kampf , Auflösung des Kirchenstaates ( ich glaube , wir müssen Garibaldi nachträglich noch dankbar sein - Der Kirchenstaat war im 19. Jhdt bereits ein Anachronismus. ) In Österreich hält der Bund von Thron und Altar , und der Kulturkampf hat - im Gegensatz zu Deutschland - sanftere Formen . Die Kirche beginnt ihr Engagement in den christlichen Parteien , in den Konservativen und den Christlichsozialen , vor und nach dem ersten Weltkrieg . Es kommt zum christlichen Ständestaat unter Dollfuß einem letzten Versuch einer Restauration der unmittelbaren Verbindung und Einheit von Staat und christlicher Weltanschauung . Und dann kam zum erstenmal die Verfolgung der Kirche in unserem Land . Die vollständige Ohnmacht , ihre Ausschaltung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens .

Und nach 45 kam eine Neubesinnung , im wahrsten Sinn des Wortes eine Jahrtausendwende : Der Rückzug der Kirche aus der unmittelbaren P a r t e i p o - l i t i k , Das heißt z. B. , daß Priester oder hauptamtlich in der Kirche angestellte Laien , Religionslehrer , Pastoralassistenten usw. bei politischen Wahlen n i c h t kandidieren . Das heißt , daß die Kirche bei ausgesprochenen Parteiveranstaltungen n i c h t in Erscheinung tritt . Das heißt n i c h t , daß es eine "Äquidistanz" zu Parteien , Parteiprogrammen usw. für die Kirche geben kann . Ein w e r t e n d e r Mensch und eine w e r t e n d e Gemeinschaft, wie es eine Kirche sein muß , kann grundsätzlich keine Äquidistanz verkünden . Denn der Ausstieg der Kirche aus der Parteipolitik heißt natürlich nicht , daß sie zu den anstehenden politischen Fragen , die das E t h o s oder z. B. die religiöse Freiheit usw. berühren , k e i n e Meinung äußern sollte. Sie muß es tun . Und wenn auf dem Weg über die Bildung der Gewissen bei gläubigen Staatsbürgern auch politische Entscheidungen mitgeformt werden , dann wird selbstverständlich i n d i e - s e r Form die Kirche auch in Zukunft eine politische sein . Das Christentum ist eine Religion mit Weltverantwortung .

Diese Wende in der Kirche ist eine Jahrtausendwende , wenn wir die Jahrhunderte zurückschauen . Und es ist sicher eine Hinwendung zur eigentlichen Aufgabe , die Christus seiner Kirche gegeben hat , nämlich dem Heil zu dienen . Es ist eine Entlastung , das Abwerfen eines unnützen Ballasts . Wenn die Bischöfe einem Religionslehrer , der also direkt und unmittelbar in die Seelsorge einsteigt , sagt , daß er so wie der Priester in der Seelsorge nicht auf Landtags oder Nationalratslisten kandidieren soll , dann entmündigt sie ihn keineswegs oder verbietet ihm das Engagement in der Gesellschaft . Er kann sich für unzählige aktuelle Probleme in christlicher Sicht engagieren , aber eben nicht vom Abgeordnetensitz aus . Wenn ich als Bischof heute als Abgeordneter einer Partei im Landtag säße , wäre ich für viele als Seelsorger von vornherein nicht glaubwürdig. Und der Religionslehrer wäre der potentielle politische Gegner von Schülern oder Schülereltern .

Ich möchte auch z. B. sagen , daß von dieser Entwicklung der Frage Kirche und Politik natürlich alle Teile der Welt berührt werden . Wenn in Nikaragua , ein Land, in dem es genug Intellektuelle gibt , genug Laien , die sich politisch engagieren können und sollen , so weit es ihnen bei ihrer Gewiseinstellung möglich ist wenn dort heute Priester als Minister fungieren , ist das schlicht und einfach ein A n a c h r o n i s m u s , ein Konzept von Gestern , nicht von Morgen , kein Fortschritt der Sache Christi , sondern ein Rückschritt. Noch vieldeutlicher wäre aber der Rückschritt bei uns . Und es ist natürlich ganz gleich , bei welcher Partei ein hauptamtlich seelsorglich tätiger einsteigt . Es ist auf jeden Fall ein Marsch Richtung Otto dem Großen .

Natürlich sind manche Grenzen wie bei allem Lebendigen nicht ganz scharf zu ziehen . Wenn ein Lehrer in einem winzigen Ort in den Bergen Religionsunterricht erteilt , wird er schon trotzdem vielleicht im Gemeinderat sein können , wenn man ihn dort notwendig braucht . Selbstverständlich können ~~Nixxxxxxxxhauptamtlich~~ Funktionäre in kirchennahen , aber nicht direkt kirchlichen Organisationen politische Mandate ausüben ( wie KTLV , Kolping , Krippenverein , usw. )

Und natürlich ist der Laie zum Engagement in der Politik ermuntert , damit entsprechende Wertvorstellungen ins öffentliche Leben eingebracht werden.